

Eurasische Widersprüche

Die Eurasische Wirtschaftsunion zwischen Integration und Isolation

von Maria Davydchyk und Ekaterina Romanova

Während seine Beziehungen zum Westen immer frostiger werden, treibt Russland im postsowjetischen Raum die Institutionalisierung der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) voran. Obwohl die Ukraine Krise die innen-, wirtschafts- und geopolitischen Widersprüche zwischen den Ländern der EAWU offenlegt, sollten die EU-Mitgliedstaaten die EAWU nicht politisch ignorieren, sondern neben bilateralen Beziehungen zu ihren Mitgliedstaaten auch Beziehungen zu den EAWU-Institutionen aufbauen und diese anerkennen.

Die Idee einer Eurasischen Wirtschaftsunion hat durch die erhaltenden Beziehungen mit dem Westen Aufwind erhalten. Wladimir Putins ursprünglicher Plan einer Eurasischen Union sah vor, eine gemeinsame Freihandelszone, eine Zollunion und eine Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen, welche später in eine politische Union münden würden.¹ 2010 nahm die eurasische Integration mit der Gründung der Zollunion zwischen Russland, Kasachstan und Belarus konkrete Formen an; 2012 folgte der Einheitliche Wirtschaftsraum, und supranationale Institutionen wie die Eurasische Wirtschaftskommission und der Eurasische Gerichtshof wurden gegründet. Den am 29. Mai 2014 unterzeichneten Vertrag über die EAWU ratifizierten die Parlamente Russlands, Belarus' und Kasachstans, und er ist zum 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Armenien schloss sich am 10. Oktober 2014 dem Vertrag an und ist nun das vierte Mitglied der EAWU. Kirgisistan wird der EAWU Anfang Mai 2015 beitreten. Laut dem EAWU-Vertrag soll ein einheitlicher freier Markt von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften geschaffen werden. Die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten sollen umfassend modernisiert und konkurrenzfähiger werden. Eine verstärkte Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten in Bereichen wie Industrie, Technologien und Infrastruktur ist ein weiteres Ziel.² Der Vertrag sieht Übergangsfristen in einer Reihe von

Wirtschaftsbereichen vor, etwa für Arzneimittel und Medizinprodukte bis Anfang Januar 2016; für Energie bis spätestens Juli 2019; für Gas, Erdöl und Erdölprodukte bis spätestens Anfang 2025.

Da die Ukraine Krise auch die politische Dominanz Russlands in der EAWU offensichtlicher macht, wird für die anderen Mitgliedsländer die Bewahrung ihrer politischen Souveränität zur Priorität. Der Aufbau eines eurasischen Parlaments und der Übergang zu einer politischen Union sind somit zurzeit nicht vorgesehen.

Keine politische Kooperation zwischen der EU und der EAWU

Die Europäische Union hat bisher keine politischen Beziehungen zur EAWU aufgebaut. Die technische Zusammenarbeit läuft über die Verwaltung der Europäischen Kommission, wie etwa die Generaldirektion Handel. Im August 2014 fand in Minsk im Rahmen des Gipfels der Zollunion zum ersten Mal ein Treffen im 3+2-Format statt (unter Teilnahme von Belarus, Kasachstan und Russland, sowie der EU und der Ukraine), das unter anderem der Beilegung des Konfliktes in der Ostukraine dienen sollte.

Auch wenn es in erster Linie darum ging, einen politisch neutralen Ort für die Verhandlungen um die Ukraine zu finden, wurden diese doch in den institutionellen Rahmen der EAWU eingebettet, nämlich ins Treffen des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates.³ Das Format des Treffens zeigte somit, dass die EAWU nicht nur als Plattform für Verhandlungen über Wirtschaft und Handel, sondern auch über Gesellschaft und Sicherheit in der EAWU und ihrer Nachbarschaft dienen kann; die Eurasische Wirtschaftsunion konnte der EU ihre politische Relevanz demonstrieren.

Unterschiedliche Erwartungen der Gründungsmitglieder

Als Integrationsmotor der Wirtschaftsunion fungierten bisher eher die politischen Eliten der drei Gründerstaaten als die Wirtschaft selbst: Der Binnenhandel in der EAWU machte im Jahr 2014 nur 11,4 Prozent des Gesamthandels aus.⁴ Doch widersprechen sich nicht nur die Zukunftsvorstellungen der einzelnen Länder bezüglich der eurasischen Integration insgesamt, sondern auch ihre Erwartungen aneinander. Die bisherigen Sitzungen des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates haben gezeigt, dass die jeweiligen Staatspräsidenten mithilfe der eurasischen Integration zum einen ihre innenpolitischen Positionen stärken, zum anderen – wie folgend erläutert – eigene innen- und außenpolitische Probleme angehen wollen.

Russland hat die eurasische Wirtschaftsintegration vor allem als Reaktion auf die EU-Nachbarschaftspolitik entwickelt, mit dem Ziel, eigenen Einflussraum an der Ostgrenze der EU zu sichern. Die eurasische Integration ist zu einem entscheidenden Baustein in Russlands Bestreben geworden, sich als Großmacht zu etablieren und deswegen sein wichtigstes außenpolitisches Projekt. Die Ukraine lehnte das russische Integrationsangebot ab, obwohl die Struktur der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern für eine engere Wirtschaftskooperation sprach. Dieser Konflikt mit der Ukraine um die Beteiligung an der Zollunion, beziehungsweise an der EAWU, verdeutlicht, wie Russland durch die Wirtschaftsunion versucht, politische Dominanz auszuüben.

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko versprach den Unternehmen seines Landes einerseits den Marktzugang zu 170 Millionen Menschen und die Modernisierung der heimischen Wirtschaft durch russische, aber auch europäische Investitionen. In der Tat lag der Anteil des gegenseitigen Handels am Gesamtaußenhandel der EAWU-Länder nur in Belarus über dem Volumen des Handels mit Drittländern und betrug von Januar bis September 2014 circa 50,2 Prozent.⁵ Andererseits konnte

Lukaschenko das Angebot einer wirtschaftlichen Integration mit Russland nicht ablehnen, da die belarussische Wirtschaft von günstigen russischen Krediten, Gas, vorteilhaften Rohstofflieferungen und deren Re-Export abhängt, und der EAWU-Gesamtmarkt für Gas, Erdöl und Erdölprodukte noch mehr Vorteile bringen soll. Zusätzlich gab es für Belarus kaum Alternativen: Als Reaktion auf die innenpolitische Situation nach den belarussischen Präsidentschaftswahlen 2010 schränkte die EU ihre politischen Beziehungen zu Belarus stark ein.

Der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew wiederum verfolgt pragmatische ökonomische Ziele und betrachtet die EAWU als ein Außenwirtschaftsprojekt unter mehreren, das keinen Vorrang haben soll. Kasachstan geht es um den Zugang zur Transit-Infrastruktur für Energieträger durch die Zollunionländer und den Anschluss an die Logistikkette zwischen der EU und China.

Nach der unerwarteten Abkehr vom EU-Assoziierungsabkommen im September 2013 schlug der armenische Präsident Sersch Sargsjan im vorigen Jahr einen klaren Kurs auf einen EAWU-Beitritt ein. Wirtschaftlich betrachtet war Armenien für die Mitglieder der Zollunion wenig attraktiv. Auch Armenien selbst, ohne gemeinsame Grenzen mit einem der anderen EAWU-Länder, sieht den Beitritt zur EAWU vielmehr als politischen Akt: Sargsjan zeigte, dass Armenien für die Lösung des Konflikts in Berg-Karabach auf Russland setzt und dass dies innenpolitische Priorität ist. Zudem ist die armenische Sicherheits- und Energieinfrastruktur stark von Russland abhängig.

Vertiefung vs. Erweiterung: Geopolitik kommt ins Spiel

Nasarbajew war es wichtig, keine zusätzlichen oder widersprüchlichen Wirtschaftsbündnisse aufzubauen, klare Strukturen zu schaffen und Vorteile für die anderen Länder Zentralasiens ohne Mitgliedschaft in der Zollunion (wie etwa geringere Zölle) zu begrenzen. So schlug er vor, die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft⁶ aufzulösen (was am 10. Oktober 2014 geschah) und statt weiterer zentralasiatischer Staaten die Türkei in die Zollunion aufzunehmen.

Ursprünglich sollte auch die Ukraine eine wichtige Rolle in der EAWU spielen. Doch die ukrainische Regierung lehnte wegen des massiven gesellschaftlichen Drucks das Integrationsprojekt ab – die Maidan-Protteste trugen einen klar proeuropäischen Charakter. Nach Armenien rücken nun die zentralasiatischen Staaten in den Vordergrund. Kirgisistan unterzeichnete im Dezember 2014 den Vertrag über den Beitritt zur EAWU. Er soll Anfang Mai dieses Jahres in Kraft treten. Auch Tadschikistan⁷ bereitet

einen Fahrplan vor und führt Beitrittsverhandlungen. Dabei versucht das Land mit Moskau auszuhandeln, was Russland bereit wäre, an Krediten, Investitionen und Handelsvergünstigungen für den Beitritt Tadschikistans zu zahlen. Eine solche Erweiterung würde für alle EAWU-Länder wenig wirtschaftliche Vorteile bringen, da die neuen Mitglieder subventioniert werden müssten. Außerdem ist Zentralasien von großer Bedeutung für die chinesische Wirtschaft, sowohl als sichere Alternative zum Transitkorridor in Südostasien, als auch als Quelle günstiger Rohstoffe und neuer Märkte.⁸ Dennoch sind Tadschikistan und Kirgisistan wichtig für Moskaus strategische Interessen, etwa bezüglich der Infrastruktur in Zentralasien.⁹

Darüber hinaus ist es fraglich, ob die supranationalen Organe der EAWU dazu fähig sind, einen harmonisierten Markt aufzubauen und zu regulieren und hierbei nicht nur die Interessen der Eliten der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. Swetlana Glinkina bezeichnet dies als „die institutionelle Falle der Erweiterung“, die den Widerspruch zwischen „einem gemeinschaftlichen Integrationsprozess vs. einem Anschluss“ an eine von Russland gesteuerte Union aufzeigt.¹⁰ Es wird immer offensichtlicher, dass die Verbündeten in der eurasischen Wirtschaftsintegration unterschiedliche Ziele verfolgen. Es besteht Uneinigkeit über die Ausgestaltung der Union und über die Deutung der bisherigen Ergebnisse. In Belarus und Kasachstan bezweifeln die politischen Eliten zusehends, dass Russland auch zu ihrem Nutzen agiert.

Wachsender Nationalismus und nationale Rückbesinnung

Mit der Implementierung des Vertrags erhält die EAWU in ihren Mitgliedstaaten auch mehr öffentliche Aufmerksamkeit. In den Augen der Mehrheit der russischen Bevölkerung hat Russland infolge der Ukraine Krise eine wichtigere Rolle in der internationalen Arena gewonnen, was wiederum eine große Zustimmung zur Politik Wladimir Putins hervorgerufen hat.

Viele Belarussen und Kasachen befürworten einerseits diesen russischen Kurs im „Kampf gegen die unipolare Welt“, andererseits wirkt er hemmend auf die in erster Linie pragmatische Orientierung der belarussischen und kasachischen Führung bezüglich der EAWU. Kasachstans Präsident Nasarbajew behauptete, er würde die Union verlassen, sollte diese die Unabhängigkeit Kasachstans gefährden.¹¹ Ebenso wenig will der belarussische Präsident Lukaschenko die Unabhängigkeit seines Staates aufs Spiel setzen. Durch die Situation in der Ukraine überdenken in Belarus und Kasachstan nicht nur die Eliten

die potenziellen Gefahren und Risiken für sich und ihre Gesellschaften; auch in der breiten Öffentlichkeit verbreitet sich eine Anti-Integrationsstimmung, insbesondere in Kasachstan.¹² Vor allem hat sich die Wahrnehmung von Themen wie historischen territorialen Ansprüchen und der Unterstützung der russischsprachigen Bevölkerung in Kasachstan zugespitzt. Die Befürwortung der EAWU liegt in Kasachstan nach Angaben verschiedener Meinungsforschungsinstitute zwischen 50 und 80 Prozent. Dennoch sehen laut dem Meinungsforschungsinstitut Demoscope bis zu 22 Prozent keine Vorteile für Kasachstan, und bis zu 30 Prozent der Befragten erwarten keine konkreten Veränderungen.¹³ Während in Belarus noch bis zum Sommer 2014 die prorussische Stimmung stetig wuchs und bis zu zwei Drittel der Bevölkerung eine Union mit Russland als vorteilhafter als eine mit der EU sehen, wirken die Ukraine Krise und die Handelsblockaden hemmend. Laut dem Meinungsforschungsinstitut Belarussische Analytische Werkstatt setzt sich der bisherige positive Trend nicht weiter fort. Hierbei handelt es sich nicht nur um von den Eliten manipulierte Erscheinungen. Einige national gesinnte Gruppen nutzen die Krise, um anti-russische Stimmung in Belarus und Kasachstan zu verbreiten. Diese Tendenzen sind nicht neu, haben sich jedoch durch die Ukraine Krise massiv verstärkt.¹⁴ Der wachsende Nationalismus in Russland und eine Rückbesinnung auf die eigenen presowjetischen Traditionen in den anderen Mitgliedstaaten stellen die gesellschaftliche Akzeptanz des gesamten Integrationsprojekts in Frage.

Gegenseitige Sanktionen als politisches Instrument

Russland setzte durch die Annexion der Krim ein deutliches Zeichen auf Kosten der Beziehungen zum Westen. Als Reaktion erließ dieser politische Sanktionen gegen Russland: Visabeschränkungen, Einreiseverbote und der Ausschluss Russlands aus der Gruppe der acht führenden Industrienationen (G8). Im April 2014 verboten einige Länder, etwa Großbritannien, Deutschland und die Vereinigten Staaten, als zweite Sanktionsstufe Lieferungen von Rüstungsgütern. Im Juni 2014 wurden die Wirtschaftssanktionen durch strengere Ausfuhrregelungen für einige russische Unternehmen aus der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie erweitert. Nach der Katastrophe um die Boeing 777 der Malaysia Airlines im Juli 2014 im ostukrainischen Gebiet Donezk wurde die dritte Stufe der Sanktionen eingeführt. Betroffen waren weitere Verteidigungs- und Sicherheitsunternehmen, sowie der Bankensektor und Unternehmen der Rohstoffförderung. Im Gegenzug beschloss die russische Regierung ein einjäh-

riges Verbot der Einfuhr von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Australien, Kanada, Norwegen, den USA und der EU.

Mangelnde Chancen auf Modernisierung und Wirtschaftsentwicklung

Die Entfremdung Russlands vom Westen scheint Möglichkeiten für eine tiefere Integration, Produktionswachstum und Diversifizierung der Volkswirtschaften zwischen den EAWU-Mitgliedern zu bringen. Der Erfolg der Eurasischen Wirtschaftsunion ist vor allem vom russischen Wirtschaftswachstum abhängig, als der mit Abstand größten Volkswirtschaft der EAWU. Im Jahr 2014 wuchs die Wirtschaft in Russland um nur 0,6% (zum Vergleich im Jahr 2013 um 1,3%, 2012 um 3,4%).¹⁵ In diesem Jahr könnte sich die Stagnation wegen des niedrigen Erdölpreises fortsetzen;¹⁶ der Internationale Währungsfonds erwartet eine Rezession von -3,0%. 2014 wuchs die Wirtschaft in Kasachstan um 4,6%, in Belarus um 0,9%.

Die Inflation in Russland lag im Jahr 2014 bei circa 11,5 Prozent, so der russische Finanzminister Anton Siluanov.¹⁷ Im Laufe des Jahres 2014 verlor die russische Währung um etwa 30 Prozent an Wert, wie im Krisenjahr 2008¹⁸ (während der Rubelkrise 1998 waren es etwa 70 Prozent). Russlands Währungsreserven sind seit Anfang 2014 und zum ersten Mal seit August 2009 auf unter 378 Milliarden US-Dollar geschrumpft.¹⁹ Der Kapitalabfluss aus Russland wird nach Schätzungen des Ministeriums für die Wirtschaftsentwicklung der Russischen Föderation aus dem vergangenen Jahr bis zu 125 Milliarden US-Dollar erreichen und wirkt sich negativ auf den Rubelkurs aus.

Diese Entwicklung ist nur in Teilen auf die gegenseitigen Sanktionen zurückzuführen, deren Auswirkungen eher indirekt sind: Sie verschlechtern nicht nur Russlands internationalen Ruf, sondern auch den der EAWU; ein Mangel an Investitionen aufgrund eines stetig wachsenden Risikos ist die Folge. Die Auseinandersetzung zwischen Russland und den westlichen Ländern erschwert den Zugang zu Technologien und Krediten für russische und andere Unternehmen.

Weitere Hindernisse sind strukturelle Probleme, wie eine schrumpfende und alternde Bevölkerung, fehlende Infrastruktur und mangelhafte rechtsstaatliche Institutionen. Dies sind maßgebliche, grundlegende Zwänge, die dazu beitragen, dass die Bruttoinlandsprodukte dieser Länder langsamer wachsen als etwa die der sich schnell entwickelnden Wirtschaften Ostasiens.

Rohstoffe als natürlicher Konkurrenzvorteil haben in Russland bis jetzt nicht zu einer Wirtschaftsdiversifizierung geführt.²⁰ Problematisch bleibt vor allem die techno-

logische Abhängigkeit und mangelnde Innovationsfähigkeit der EAWU. Aufgrund einer einseitigen Ausrichtung als Rohstoffexporteur dient Russland nur begrenzt als Wirtschaftszentrum, da die Rohstoffpreise stark von der weltweiten Konjunktur abhängen. Dabei besteht ein weiteres Problem darin, dass die Modernisierung der Wirtschaft als rein technisch verstanden wird. Dies führt zu begrenzter Finanzierung und zu unzureichend entwickelten Instrumenten, um Innovationen zu fördern.

Die eurasische Integration wird auf Kosten einer längst fälligen Modernisierung und Reformen vorangetrieben. Gerade im Hinblick auf Fachwissen und die neuesten Technologien werden insbesondere Kasachstan die Grenzen der EAWU immer deutlicher. Um solche Zwänge zu überwinden, wirtschaftliche Beziehungen auszubauen und Investitionen, Handel und Dienstleistungen zu erleichtern, unterzeichnete das Land 2014 ein neues Partnerschaftsabkommen mit der EU.

Zudem sehen sich Kasachstan und Belarus mit dem Beitritt Russlands in die Welthandelsorganisation (WTO) konfrontiert. Da die Zollunion infolge des russischen Beitritts die WTO-Regeln berücksichtigt, müssen auch Belarus und Kasachstan in der Zollunion die Tarife für Drittländer senken, obwohl sie selbst keine WTO-Mitglieder sind. Kasachstan bemüht sich um den möglichst baldigen Beitritt zur WTO. Die Verhandlungen mit Belarus werden noch andauern.

Auswirkungen der Sanktionen

Für die belarussische und kasachische Wirtschaft werden die angespannten Beziehungen zwischen Moskau und dem Westen widersprüchliche Folgen haben.

Für Belarus erschließt der Konflikt kurzfristig neue Exportchancen. Zwischen Januar und September 2014 sank zwar der belarussische Gesamtexport nach Russland um 6,4 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2013. Die von Russland verhängten Sanktionen gegen die Einfuhr von Agrarprodukten und Lebensmitteln führten jedoch dazu, dass Belarus seine Exporte nach Russland in diesem Bereich bis Dezember steigern konnte, bei Milchprodukten (außer Käse) um bis zu 40 Prozent, bei Fleisch um bis zu 50 Prozent und bei Käse um bis zu 70 Prozent. Dies könnte langfristig eine Modernisierung ganzer Zweige der belarussischen Wirtschaft anregen. Die belarussische Entwicklungsbank arbeitet derzeit an einem Entwicklungsprogramm im Lebensmittelsektor zur Modernisierung der Milchproduktion.²¹ Doch die Sanktionen könnten natürlich mittelfristig aufgehoben werden. Ob belarussische Unternehmen sich bis dahin auf dem russischen Markt festsetzen können, bleibt unklar.

Auch Russland plant, seine Agrarindustrie mit dem langfristigen Ziel zu modernisieren, seine Bevölkerung autark ernähren zu können. Das staatliche Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft und Regulierung der Agrarproduktion für den Zeitraum von 2013 bis 2020 unterliegt momentan einer Revision. Für den Importersatz und die Gewährleistung der Lebensmittelversorgung werden zusätzlich Mittel in Höhe von 625,7 Milliarden Rubel für die kommenden fünf Jahre benötigt, so Dmitrij Jurijew, stellvertretender Minister für Landwirtschaft der Russischen Föderation.²² Die Aufgabe ist hierbei, die Abhängigkeit Russlands von Milch- und Fleischimporten um bis zu 30 Prozent zu verringern und zum Beispiel die von Kartoffelimporten komplett zu beseitigen.

Da Kasachstan ein für ausländische Investoren recht offenes Geschäftsklima hat, könnte das Land vom abkömmlichen russischen Kapital profitieren. Gleichzeitig schrumpfte der kasachische Export nach Russland vom Januar bis September 2014 um 16,6 Prozent im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2013.²³

Die Wichtigkeit des russischen Markts wurde in den letzten Jahren durch den größeren Einfluss der EU und Chinas reduziert. Das Volumen des Handels mit Drittländern betrug 2013 für Russland circa 92,5 Prozent, für Kasachstan 81,6 Prozent, für Belarus 49,3 Prozent.²⁴ Dennoch wird die russische Wirtschaftsstagnation langfristig auch Belarus und Kasachstan erreichen. Insbesondere Belarus könnte davon schwer betroffen sein; dessen größte Investoren kommen aus Russland, und es stellt auch seinen größten Exportmarkt dar. 2013 gingen 45 Prozent der belarussischen Exporte und circa 8 Prozent der kasachischen nach Russland, sowie mehr als 20 Prozent der Exporte Armeniens. Dies macht nach Angaben des Internationalen Währungsfonds etwa 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von Belarus aus, im Falle Kasachstans rund 4 bis 5 Prozent.

Obwohl die Sanktionen also theoretisch zu einer Wirtschaftsdiversifizierung in der EAWU beitragen könnten, bleibt ihre Dauer offen; da sie als kurzfristiges politisches Instrument eingesetzt werden, werden Unternehmen zögern, langfristige Investitionen zu tätigen und neue Industriezweige aufzubauen.

Gemeinsamer Markt: Vereinheitlichung oder Handelsblockaden?

Ziel der EAWU ist ein einheitlicher Markt. Doch die Fähigkeit der supranationalen Organe, einen harmonisierten Markt aufbauen und regulieren zu können, bleibt fraglich. Eine der größten Hürden sind Russlands einseitige Einschränkungen für Unternehmen anderer

Mitgliedstaaten der Zollunion im eigenen Binnenmarkt durch nichttarifäre Handelshemmnisse, sowie das große Ausmaß an Schattenwirtschaft. Die Diskrepanz zwischen der politischen und der wirtschaftlichen Logik der Integrationsprozesse führt dazu, dass die Länder zwar ankündigen, den gegenseitigen Handel voranzubringen, jedoch in der Realität mit harten, meist politisch motivierten Maßnahmen Russlands, wie etwa Handelsblockaden, konfrontiert werden. Die Eurasische Wirtschaftskommission scheint dabei noch nicht in der Lage zu sein, eigenständig zu agieren. Deutlich bestätigt wird dies durch das russische Verbot des Transits belarussischer Lebensmittel über Russland nach Kasachstan von Ende November 2014, verkündet von der russischen Verbrauchsüberwachungsbehörde Rospotrebnadzor. Gleichzeitig unterlaufen Belarus und Kasachstan die machtpolitischen Interessen Russlands, indem sie sich den Sanktionen gegen die Einfuhr von Agrarprodukten und Lebensmitteln nicht anschließen. Auch die Handelsblockaden gegenüber der Ukraine hat keiner der Verbündeten Russlands bis jetzt unterstützt.

Fazit

Die eurasische Integration ist durch viele Widersprüche gekennzeichnet. Zu unterschiedlich sind die Ziele der jeweiligen Führungen in Belarus, Kasachstan, Russland und Armenien, zu unkalkulierbar die gesellschaftspolitischen Spannungen – insbesondere in den Jahren der Präsidentschaftswahlen in Belarus 2015 und in Kasachstan 2016 –, zu wichtig kurzfristige Wirtschaftsinteressen und zu dominant die geopolitischen Ambitionen Russlands.

Dem neu zu schaffenden einheitlichen Markt fehlt die wirtschaftliche Strahlkraft. Die Modernisierungsziele können wegen der technologischen Abhängigkeit von der Europäischen Union, den USA und China nicht verwirklicht werden. Die supranationalen Gremien können eine unabhängige Arbeit der Eurasischen Wirtschaftsunion noch nicht ausreichend gewährleisten.

Russland hat die Ukraine für die eurasische Wirtschaftsintegration verloren. Es wird deswegen seine Integrationsbemühungen in Zentralasien und im Südkaukasus verstärken, was die wirtschaftliche Attraktivität der EAWU schwächt und eine weitere Belastung für das russische Budget bedeutet.

Trotz allem ist mit der EAWU eine supranationale Institution geschaffen worden, welche die Prinzipien und Strukturen der europäischen Integration zum Vorbild hat und für die EU als Gesprächskanal wichtig ist: Die EU hat ein Interesse an der Infrastruktur und Logistik ihrer Nachbarländer sowie an einer Harmonisierung des

Handels und der Märkte. Aufgrund mangelnder realer Alternativen der Wirtschaftsintegration hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstrukturen und Handelsströme sollten Belarus, Armenien und Kasachstan die Rolle der Eurasischen Wirtschaftskommission massiv stärken und ihre tatsächliche Unabhängigkeit verlangen. Die von der Wirtschaftskommission verabschiedete Integrationspolitik sollte in der Praxis glaubwürdig implementiert werden. Weil die Maßnahmen der makroökonomischen Konvergenz und Stabilisierung als auch Monopolregelungen von Bedeutung sind, sollten die EU-Mitgliedstaaten die EAWU nicht politisch ignorieren. Die EU sollte mit der EAWU Verhandlungen in Bereichen führen, die für beide Integrationsblöcke von Bedeutung sind. Dazu gehören neben den Zoll- und Tarifregulierungen auch Investitionen, Konsum-

mentenschutz, Bildung und Migration. Gleichlaufend mit dieser Kommunikation auf supranationaler Ebene sollte die EU individuelle Beziehungen zu allen EAWU-Ländern aufrechterhalten. Dazu muss sie mit diesen Ländern den Dialog mit Wirtschaft, Gesellschaft und regionalen und sektoralen Entscheidungsträgern, Wissenschaft und Bildung durch bestehende und neue Plattformen fortführen, um damit die innenpolitische Entwicklung und den Pluralismus dieser Länder zu fördern.

Dr. Maria Davydych ist Programmmitarbeiterin am Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien der DGAP.

Dr. Ekaterina Romanova ist Projektkoordinatorin für europäische und internationale Zusammenarbeit im Auslandsbüro Moskau der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Notes

- 1 Das neue Integrationsprojekt für Eurasien – Zukunft, die heute entsteht (Russisch), in: Izvestia, 3.10.2011, <<http://izvestia.ru/news/502761>> (abgerufen am 21.11.2014).
- 2 Vertrag über die EAWU, Teil II, Artikel 4. Hauptziele der Union.
- 3 Der Höchste Eurasische Wirtschaftsrat — das höchste supranationale Organ der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraumes, zukünftig auch der EAWU. Zum Rat gehören die Staatsoberhäupter und die Regierungschefs.
- 4 Eurasische Wirtschaftskommission, Gegenseitiger Handel der Länder-Mitglieder der Zollunion und des gemeinsamen Wirtschaftsraums von Januar bis September 2014 (Russisch), <http://www.eurasiancommission.org/ru/act/integr_i_makroec/dep_stat/tradestat/publications/Documents/Int_III_2014.pdf> (abgerufen am 3.2.2015).
- 5 In Kasachstan bei 15,7%, in Russland bei 7%.
- 6 Russische Abkürzung: EwrAsES. Die Mitglieder der EwrAsES waren Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. Sie wurde 2001 gegründet. Beobachterstatus hatten Moldau, die Ukraine und Armenien. Usbekistan war zwischen 2006 und 2008 Mitglied. Am 10.10.2014 unterschrieben Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan die Auflösung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft zum 1.1.2015.
- 7 Pressedienst der Eurasischen Wirtschaftskommission, Die Vertreter der Eurasischen Wirtschaftskommission diskutierten über die Vektoren der Integration der tadschikischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft und berieten über die Integration im GUS-Raum mit den Regierungsvertretern des Landes (Russisch), <<http://www.eurasiancommission.org/ru/nae/news/Pages/67346789.aspx>> (abgerufen am 26.11.2014).
- 8 Pavel Diatlenko, Die Folgen der Ukraine Krise für Zentralasien (Russisch), 11.6.2014, <<http://polit-asia.kz>> (abgerufen am 2.2.2015).
- 9 Yulia Cheremuhina, Die Entwicklungsperspektiven der Eurasischen Union ohne die Ukraine (Russisch), 27.3.2014, <http://mymedia.org.ua/articles/shmzhii/perspektivy_razvitiya_evraziyskogo_soyuza_bez_ukrainy.html> (abgerufen am 21.11.2014).
- 10 Svetlana Glinkina, Präsentation „Die institutionelle Falle der Erweiterung“ (Russisch), 8. Internationale Konferenz „Vertiefung und Erweiterung der eurasischen Integration“, 12-13.11.2013, <http://www.eabr.org/general/upload/8_Conference_DOC/presentations/Glinkina-01.pdf> (abgerufen am 21.11.2014) (Übersetzung der Autorinnen).
- 11 Nasarbajew erinnerte an das Recht Kasachstans, die EAWU zu verlassen (Russisch), in: Tengrinews.kz, 25.8.2014, <http://tengrinews.kz/kazakhstan_news/nazarbaev-napomnil-oprave-kazakhstana-na-vyihod-iz-eaes-260719/> (abgerufen am 21.11.2014).
- 12 R. Marpzagaleev, Analyse: Die Grenzen der eurasischen Integration nach dem Maidan: eine Transformation der Handlungsbeschränkungen und der Perspektiven (Russisch), <<http://ia-centr.ru/expert/18577/>> (abgerufen am 21.11.2014).
- 13 Demoscope-Pressedienst, Infografik: Beitritt Kasachstans zur EAWU, (Russisch) <<http://www.demos.kz/rus/index.php?analytics=23>> (abgerufen am 9.12.14).
- 14 Vgl. Askar Nursha, Evolution of Political Thought in Kazakhstan on the Problems of Eurasian Integration: “Eurasia-Optimists” and “Eurasia-Skeptics” (Institute of World Economy and Politics), Astana, Almaty 2014.
- 15 Vgl. A. Lipin, stellvertretender Direktor der Abteilung für Makrowirtschaftspolitik der Eurasischen Wirtschaftskommission, „Die Perspektiven der russischen Wirtschaft und der Eurasischen Wirtschaftsunion“ (Russisch), Vortrag auf dem Wirtschaftsforum in Minsk, <http://kef.research.by/webroot/delivery/files/KEF-2014_conference20141105_Lipin.pdf> (abgerufen am 21.11.2014).
- 16 Rustem Faljachow, Der nationale Wohlfahrtsfonds soll ganz ausgegeben werden – Interview mit Andrej Klepach (Russisch), <<http://www.gazeta.ru/business/2014/10/31/6283961.shtml>> (abgerufen am 21.11.2014).
- 17 Anastasija Agamalowa, Siluanov: 2014 wird die Inflation rund 11,5% erreichen (Russisch), <<http://www.vedomosti.ru/finance/news/37834931/siluanov-inflyaciya-v-2014-g-sostavit-okolo-115>> (abgerufen am 12.1.2015).
- 18 Pressedienst der Zentralbank der Russischen Föderation (Russisch), 31.10.2014, <<http://www.ereport.ru/news/1410261244.htm>> (abgerufen am 21.11.2014).
- 19 Devisenreserven der Russischen Föderation, <http://www.cbr.ru/hd_base/default.aspx?PrId=mrff_7d> (abgerufen am 3.2.15).
- 20 Alexander Sinkewitsch, Der EAWU mehr Gewicht verleihen (Russisch), in: Beldumka, Nr. 9, September 2014, <http://beldumka.bel.by/isfiles/000167_138888.pdf> (abgerufen am 26.11.14).
- 21 Pressedienst der belarussischen Entwicklungsbank (Russisch), <<http://brrb.by/pressroom/news/pravitelstvo-utverdilo-plan-finansirovaniya-bankom-razvitiya-gosudarstvennyix-programm-i-meropriyatij-v-2015-godu/>> (abgerufen am 21.11.2014).
- 22 Rustem Faljachow, Mit Logistik auf die Gegenseanktionen antworten (Russisch), 6.10.2014, <<http://www.gazeta.ru/business/2014/10/04/6247581.shtml>> (abgerufen am 21.11.2014).
- 23 Eurasische Wirtschaftskommission, Gegenseitiger Handel der Länder-Mitglieder der Zollunion, a.a.O. (Anm. 4).
- 24 Eurasische Wirtschaftskommission, Außenhandel der Länder-Mitglieder der Zollunion und des gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Januar bis September 2014, <http://www.eurasiancommission.org/ru/act/integr_i_makroec/dep_stat/tradestat/publications/Documents/Ext_III_2014.pdf> (abgerufen am 3.2.2015).



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/) Lizenz.
This work is licensed under a [Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International License](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik
German Council on
Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17 / 18 · 10787 Berlin
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16
info@dgap.org · www.dgap.org

Herausgeber

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, *Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.*

ISSN 2198-5936

Redaktion Sabine Wolf

Layout/Satz Andreas Alvarez

Designkonzept Carolyn Steinbeck · Gestaltung

© DGAP 2015